

# Gebührenbescheide

- Kostenerstattung
- Begründungen für Rechtsmittel bei Straßenblockaden
- Allgemeines
- Vorlagen

# Kostenerstattung

Weitere Informationen zu Kostenerstattungen finden sich [hier](#).

## Konstellationen

*Dies sind die Fälle, in denen es Sinn ergibt, Kostenerstattungen zu beantragen*

- Ihr habt einen Gebührenbescheid aus einem Bundesland bekommen, in dem eure Rechtsmittel keine aufschiebende Wirkung haben. Ihr müsst also erst einmal zahlen, könnt das aber nicht.
- Euer Gebührenbescheid wurde rechtskräftig, obwohl ihr alle euch empfohlenen Rechtsmittel ausgeschöpft habt und könnt das nicht bezahlen.
- Ihr habt einen oder mehrere Gebührenbescheide bekommen, gegen welche ihr nun Widerspruch einlegen oder klagen möchtet. Ihr könnt aber die daraus entstehenden Verfahrenskosten nicht bezahlen.

## Optionen

*Im folgenden Abschnitt, wird euch erklärt, was ihr tun könnt, wenn eine der oben genannten Konstellationen auf euch zutrifft*

## Rote Hilfe

Wir haben uns mit dem Bundesverband der Roten Hilfe verständigt, dass es grundsätzlich möglich ist, über deren Ortsverbände Erstattungen von Kosten zu beantragen, die in Verwaltungssachen angefallen sind.

Schreibt dafür eine Mail an die Ortsgruppe eures Wohnorts und schildert euren Fall:

**<https://www.rote-hilfe.de/ueber-uns/adressen>**

## Spendenkampagne

Ihr wendet euch an die Repressionskostenhilfe von RAZ [legal@raz-ev.org](mailto:legal@raz-ev.org) und konzipiert zusammen einen Spendenaufruf.

Alle weiteren Infos dazu finden sich [hier](#).

# Umwelttreuhandfonds (UTF)

Ausführliche Infos zum UTF findest du [hier](#).

Die Mittel, die der UTF bereitstellen kann sind begrenzt, weswegen ihr diese nur in Ausnahmefällen und nur nachrangig zu den ersten beiden Optionen in Anspruch nehmen solltet.

Um deine Gebührenbescheide, wie "Klebekosten" oder "Gesakosten" erstatten zu lassen, schreib bitte eine Mail an **[utf@posteo.de](mailto:utf@posteo.de)** und setze [legal@raz-ev.org](mailto:legal@raz-ev.org) in den CC. Dann schick eine zusammenhängende PDF-Datei (wirklich wichtig, damit die Bearbeitung funktioniert!) als Anhang der Mail mit:

- Betreff: „Antrag Klebekosten“
- Einem Dokument mit euren Kontodaten und eurem Namen/ dem Namen der Kontoinhaber\*in
- Einem Scan des Kostenbescheids
- Einem Überweisungsbeleg (Screenshot oder PDF aus dem Online-Banking)

Darüber hinaus können grundsätzlich auch die Verfahrenskosten vom UTF übernommen werden, aber auch hier gilt natürlich das Kriterium der Bedürftigkeit. Wenn eure Verfahrenskosten vom UTF getragen wurden und ihr einen Teil der Kosten nach frühzeitiger Rücknahme der Klage zurück bekommt, solltet ihr die zurückerstatteten Kosten dann auch wieder an den UTF weitergeben. In der Standard-Fallkonstellation würde das bedeuten, dass ihr erst die 114€ Verfahrensgebühr vom UTF erstattet bekommt, euch nach Rücknahme der Klage 76€ vom Gericht wieder erstattet werden und ihr diesen Betrag dann anschließend an den UTF spenden sollt. Wir bitten euch dabei ehrlich zu sein und gegenüber dieser sehr hilfreichen Struktur nicht den eigenen finanziellen Vorteil zu priorisieren.

## Prozesskostenhilfe

Dies ist eine Möglichkeit, mit der ihr sofern ihr die im Formular aufgeführten Voraussetzungen erfüllt und euer Antrag genehmigt wird, nur die Kosten für euer Rechtsmittelverfahren, aber nicht die eigentlichen Gebühren an sich erstatten lassen könnt.

**[prozesskostenhilfe-antrag.pdf](#)**

# Begründungen für Rechtsmittel bei Straßenblockaden

Die Zusammenfassungen sollen euch Orientierung geben, in welchen Begründungen sich Argumente finden lassen, die ihr in eurem eigenen Verfahren nutzen könnt. Lest euch diese Begründungen durch und passt die Argumentationen mit Hilfe der Akten, die ihr beantragt habt, eurem Gedächtnisprotokoll und der Begründung des Gebührenbescheids auf euren eigenen Fall an. Für alle hier hinterlegten Begründungen ist das Bundesland, in dem sie genutzt wurden mit angegeben. Argumente, die für das jeweilige Bundesland spezifisch und somit nicht direkt auf andere Länder übertragbar sind, sind in der Zusammenfassung **markiert**. Prüft dennoch gerne, ob die gleiche Argumentation vielleicht auch für die in eurem Bundesland herangezogene Rechtsgrundlage gültig ist.

Bundesland	Rechtsmittel	Argumente	Datei
------------	--------------	-----------	-------

Bayern	Klage	<ul style="list-style-type: none"> <li>• geringer Stau</li> <li>• keine korrekte Versammlungsauflösung</li> <li>• <b>Art. 16 Abs. 5 BayKG Kosten nur für gerechtfertigte Handlungen</b></li> <li>• Unverhältnismäßigkeit der Ausübung unmittelbaren Zwangs Gefahr für die öffentliche Sicherheit durch Nötigung? Milderer Mittel</li> <li>• Kostenfestsetzung nicht begründet</li> </ul>	<u>Klage</u> <u>Gebührenbescheid</u> <u>Bayern 1</u>
Bayern	Klage	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ersatzvornahme statt unmittelbarer Zwang <b>gemäß Art. 75 Abs. 3 BayPAG</b></li> <li>• Unverhältnismäßigkeit der Ausübung unmittelbaren Zwangs Gefahr für die öffentliche Sicherheit durch Nötigung? Milderer Mittel</li> <li>• Kostenfestsetzung nicht begründet</li> </ul>	<u>Klage</u> <u>Gebührenbescheid</u> <u>Bayern 2</u>

Bund (Flughafen)	Widerspruch	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gebühren keine individuell zurechenbar en Leistungen: Polizeiliche Maßnahmen nicht zum Schutz der Klimaaktivist i</li> <li>• Bestimmtheit: Gebühren nicht den individuell veranlassten Leistungen zuordenbar</li> </ul>	<u>Widerspruch</u> <u>Gebührenbescheid</u> <u>Flughafen 1</u>
------------------	-------------	--	---

Hamburg	Klage	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine unmittelbare Ausführung i.S.v. § 7 Abs. 1 SOG: Inanspruchnahme als Störer war möglich</li> <li>• Berechnung der Kosten für Polizeikräfte</li> <li>• (Berechnung von) Kosten für Einsatz von Gerätegruppenkraftwagen</li> <li>• Zu- / Berechnung der zurückgelegten Strecke der Fahrzeuge mit den lösenden Polizeikräften</li> <li>• Berechnung der Kosten für Verbrauchsmaterial</li> <li>• Keine Rechtsgrundlage für Geltendmachung von Feuerwehrkosten</li> <li>• Verhältnismäßigkeit: Keine Kosten für Feuerwehreinsatz, der objektiv ex post nicht erforderlich</li> </ul>	<u>Klage</u> <u>Gebührenbescheid</u> <u>Hamburg 1</u>
---------	-------	---	---

Hessen	Klage	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bedeutung des Versammlungsrechts Nichtauflösung der Versammlung</li> <li>• Aussetzung bis zur Entscheidung im Strafverfahren</li> <li>• Unrichtige Berechnung der Kosten für die Anwesenheit eines Arztes</li> <li>• Kosten für Transport bei Durchführung von ED-Behandlung</li> <li>• Kosten für Unterbringung im Gewahrsam</li> <li>• Nicht begründete Kosten für Verbrauchsmaterial zum Lösen</li> <li>• Kosten für Gewahrsamsfähigkeitsuntersuchung</li> </ul>	<u>Klage</u> <u>Gebührenbescheid</u> <u>Hessen 1</u>
--------	-------	--	--



Hessen	Klage	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Gefahr und kein Wille Gefahr zu erzeugen</li> <li>• Unausreichende Angaben in Bescheid: Worin, wodurch, für wen?</li> <li>• Vor Polizeisperre Protestmarsch, keine Sitzblockade</li> <li>• Ermessensfehler durch Aufhalten des Protestmarschs mittels polizeilicher Straßensperre und darauf folgendem unmittelbarem Zwang</li> <li>• Polizeilicher Schutz der Versammlung auch durch weniger einschneidende Maßnahmen möglich</li> <li>• Ausgestaltung einer Versammlung bei Versammeln den, nicht polizeilichem Einsatzleiter</li> <li>• Platzverweis erst nach Räumen</li> <li>• Nicht geeignete Ermächtigung Grundlage § 6 Abs. 1 HSOG §11 Abs. 1 Nr. 1 HVwKostG</li> <li>• Keine ausreichende Aufklärung über genutzte</li> </ul>	<u>Klage</u> <u>Gebührenbescheid</u> <u>Hessen 2</u>
--------	-------	---	--

Sachsen	Widerspruch	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbringen von Straße strafprozess uale, nicht gefahrenabw ehrrechtliche Maßnahme</li> <li>• Kosten für Dienstfahrze uge nicht berechtigt: Kein Hilfsmittel für unmittelbare n Zwang in Form von einfacher körperlicher Gewalt</li> <li>• Kosten für sich schon vor Ort befindliche Polizeikräfte nicht berechtigt</li> <li>• Kosten für den Einsatz von unmittelbare m Zwang in Form von einfacher körperlicher Gewalt durch Polizeibedien stete nicht berechtigt</li> </ul>	<u>Widerspruch</u> <u>Gebührenbescheid</u> <u>Sachsen 1</u>
---------	-------------	--	---

# Allgemeines

## Was ist ein Gebührenbescheid?

Ihr habt Post bekommen, in der euch Handlungen des Staates in Rechnung gestellt werden. Hierbei handelt es sich um einen Gebührenbescheid.

Andere **Begriffe** hierfür sind

- Bescheid für Dienstleistung
- Heranziehungsbescheid
- Kostenbescheid
- Kostenerhebung
- Kostenfestsetzungsbescheid
- Kostenrechnung
- Leistungsbescheid

## Wofür werden Kosten erhoben?

Der Bescheid sollte Aufschluss darüber geben, **wofür Kosten** erhoben werden.

Dies sind typischerweise Dinge wie

- Anwendung unmittelbaren Zwangs
- Dienstleistung der Feuerwehr
- Ersatzvornahme
- Gewahrsam
- Lösen
- Polizeieinsatz
- Polizeiliche Amtshandlungen
- Präventivhaft
- Unterbringung

## Informationen an RAZ

Wie in Strafsachen geht dem eigentlichen Bescheid auch in Gebührensachen häufig eine **Anhörung** voraus. Diese könnt ihr ignorieren. In Einzelfällen kann es trotzdem sinnvoll sein auf eine Anhörung einzugehen, um Verfahrenskosten zu sparen. Sprecht das aber bitte vorher mit

eurer Ansprechperson vom RAZ e.V. ab.

Sobald ihr aber den wirklichen Gebührenbescheid bekommen habt, solltet ihr ihn schnellstmöglich zusammen mit einem Foto des Umschlags, in dem der Bescheid euch erreicht hat, an die E-Mail-Adresse [legal@raz-ev.org](mailto:legal@raz-ev.org) schicken - gerne direkt mit folgenden **Infos**:

- Aktionsort
- Aktionstag
- Aktionsart
- Datum des Gebührenbescheides
- Geforderte Betrag
- Mailadresse für Rückfragen
- Geplantes Vorgehen / Konkrete Fragen zum weiteren Vorgehen

# Vorgehen gegen Gebührenbescheide

Im Optimalfall habt ihr euch über diese und die weiteren Wiki-Seiten im Ordner Gebührenbescheide bereits einen Überblick verschafft und wisst, wie mit eurem Gebührenbescheid umzugehen ist. Da die Gebührenbescheide auf Landesrecht basieren, ist es dafür wichtig, dass ihr euch die **Seite des Landes** anseht, aus dem euer Gebührenbescheid stammt. Sofern dort angegeben ist, dass **Zahlung** nötig ist, oder noch keine Information dazu vorliegt, zahlt die Gebühr zunächst (außer ihr seid pfändungsbereit). Sofern ihr erfolgreich Rechtsmittel gegen den Gebührenbescheid einlegt, bekommt ihr die Gebühr zurück.

## Rechtsmittel Einlegen

Mit den Dokumenten, die wir zur Verfügung stellen, solltet ihr in der Lage sein selbständig gegen euren Gebührenbescheid vorzugehen. Es ist aber festzuhalten, dass es in allen Bundesländern erstmal grundsätzlich möglich ist Handlungen der Polizei oder anderer Behörden den verursachenden Menschen in Rechnung zu stellen. Für die Erfolgsaussichten des Vorgehens gegen die Gebührenbescheide ist daher besonders relevant, ob es Unregelmäßigkeiten im Handeln der Polizei gegeben hat. Ein paar allgemeine **Kriterien**, ob sich das auch lohnt sind unter anderem

- Eigene Kapazitäten (Zeit, Nerven etc)
- Erfolgsaussichten, dafür relevant
  - Passende Rechtsgrundlage angewendet?
  - Sachverhalt korrekt dargestellt?
  - Versammlung korrekt aufgelöst?
  - Ankündigung der konkreten Maßnahme mit Hinweis auf Kosten?

- Höhe des Gebührenbescheids
- weitere (Verfahrens-)Kosten

In einigen Bundesländern haben wir aber schon eine klare Strategie, sodass ihr euch über die Kriterien nicht mehr unbedingt Gedanken machen müsst.

Wichtig ist, dass mit dem Einlegen von Rechtsmitteln Verfahrenskosten anfallen, die von der unterlegenen Seite zu tragen sind. Es kann also passieren, dass sich für euch die **Kosten** letztlich erhöhen.

Informationen zur Kostenerstattung in Härtefällen findet ihr [hier](#).

Haltet das RAZ Team bitte über [legal@raz-ev.org](mailto:legal@raz-ev.org) auf dem Laufenden, ob ihr Rechtsmittel eingelegt, oder euch dagegen entschieden habt.

Es ist okay den Widerspruch / die Klage zunächst mal **ohne Begründung** einzureichen (außer auf der Unterseite für euer Bundesland steht dazu etwas Abweichendes).

Ihr beantragt mit unseren Vorlagen Akteneinsicht und behaltet euch die Begründung bis diese ermöglicht wurde vor.

Aber übersendet zusammen mit eurem Widerspruch / eurer Klage am Besten eine **Kopie des Gebührenbescheids**.

## Verfahrenskosten

Beim Widerspruch und Klagen gegen Gebührenbescheide fallen weitere Verfahrenskosten an. Die Kosten für einen Widerspruch sind abhängig vom jeweiligen Bundesland.

Die Verfahrenskosten einer Klage richten sich bundesweit nach dem **Gerichtskostengesetz (GKG)** und sind abhängig vom Streitwert des Verfahrens. In Anlage 2 ist die Abhängigkeit von Verfahrenskosten zum Streitwert in einer Tabelle dargestellt.



Tabelle aus [Anlage 2](#) des GKG.

Im Normalfall liegen die Gebührenbescheide unter 500€, es fällt also eine Grundgebühr von 38€ an. Allerdings ist den Verwaltungsgerichten nicht immer klar, wogegen sich eine Klage richtet, da sie mit dem Gebührenbescheid von Polizei oder Feuerwehr vorher noch nichts zu tun hatten. Wenn den Gerichten der Streitwert unklar ist, wird standardmäßig ein Streitwert von 5.000€ angenommen und die Grundgebühr erhöht sich damit von 38€ auf 116€. Daher ist es sinnvoll mit Einreichen der Klage auch direkt eine Kopie vom ursprünglichen Gebührenbescheid mit zu schicken, um Missverständnisse zu vermeiden.

Die Grundgebühr muss anschließend noch mit einem Faktor multipliziert werden, der in Anlage 1 des GKG festgelegt ist. Für ein Verwaltungsrechtsverfahren liegt dieser Faktor bei 3 (Nr. 5110), die Grundgebühr von 38€ wird also mit 3 multipliziert und es entstehen Verfahrenskosten von 114€. Diese müssen erstmal überwiesen werden, damit das Gericht die Klage weiter bearbeitet. Falls die Klage aber frühzeitig, also vor Durchführung der mündlichen Verhandlung, zurückgenommen wird, reduziert sich der Faktor auf 1 (Nr. 5111) und ihr bekommt die Differenz (76€) zurückerstattet. Das Einreichen einer Klage bedeutet also mindestens ein Kostenrisiko von 38€ und erfordert das vorzeitige Auslegen der 114€ Verfahrenskosten zu Beginn. Falls der Streitwert höher liegen sollte, ändert sich das Rechenbeispiel entsprechend der oben gezeigten Tabelle.

## Weitere Post: RAZ Informiert halten

Nachdem ihr Rechtsmittel eingelegt habt, werdet ihr typischerweise weitere Post bekommen, die ihr ebenfalls an [legal@raz-ev.org](mailto:legal@raz-ev.org) schicken solltet, damit wir um das Stadium eures Verfahrens wissen. Falls ihr zu einem Schreiben Fragen habt, stellt sie bitte so konkret wie möglich.

- Sofern ihr euer Rechtsmittel unbegründet eingelegt habt, werdet ihr aufgefordert eine **Begründung zu ergänzen** und bekommt dafür eine Frist gesetzt. Hier ist ganz wichtig, dass ihr euch unverzüglich meldet.
- Bis ihr nach eurer Begründung einen **tatsächlichen Widerspruchsbescheid**, also eine Entscheidung über euren Widerspruch, bekommt (den ihr uns natürlich ebenfalls zuschicken solltet), kann es sein, dass ihr weitere Post bekommt:
- Ein Schreiben, dass euer **Widerspruch zur Entscheidung an die Widerspruchsbehörde übergeben** wird. Oft wird im gleichen Schreiben der Antrag auf **Aussetzung der sofortigen Vollziehung abgelehnt**. Das bedeutet einfach nur, dass ihr tatsächlich zunächst zahlen müsst. Über euren Widerspruch ist damit noch nicht entschieden.
- Ein Schreiben, dass euer **Rechtsmittel nicht zur Entscheidung angenommen** wurde, da es nicht zugeordnet werden konnte oder ähnliches. Falls ihr selbst erkennt, dass ihr etwas falsch gemacht habt, korrigiert dies am Besten selbständig durch Anruf bei der Behörde / Nachreichen fehlender Dokumente etc. Manchmal liegt es aber auch gar nicht in euch, sondern bei der Behörde ist etwas durcheinander gekommen. Bei Unklarheiten fragt gerne per Mail nach.

## Längere Dauer von Verwaltungsrechtsverfahren

Im Verwaltungsrecht dauern Widerspruchsverfahren oder Klagen oft deutlich länger als Strafverfahren, lasst euch davon nicht verunsichern. Die Gerichte behandeln Klagen gegen Gebührenbescheide meist mit geringerer Priorität und es ist normal, dass ihr nach einen

Widerspruch oder einer Klage erstmal monatelang nichts mehr dazu hört.

Falls ihr anwaltlichen Beistand für die Klage haben möchtet, kann es sinnvoll sein die Person schon vorab zu mandatieren, weil die Ladungen für die Verhandlungen zu Verwaltungsrechtsklagen teilweise relativ kurzfristig kommen. Dies sollte allerdings unbedingt mit eurer Ansprechperson vom RAZ e.V. abgesprochen werden, da Rechtsbeistände der größte Faktor für Verfahrensgebühren sind und die Finanzierung erst geklärt werden muss.

# Vorlagen

Vorlagen für Rechtsmittel gegen Gebührenbescheide finden sich [hier](#).